Die Hetze.

Die Leipziger Volkszeitung deutet natürlich die Kieler Vorgänge gegen die neue demokratische Regierung aus. Sie jubelt geradezu: „Arbeiterblut ist geflossen!“ Und die demagogische Freude über die Schüsse in Kiel und beinahe ein Dank an den Urheber dieses Blutvergießens, der dieses willkommene Wasser auf ihre Mühlen leitet, klingt aus dem, was sie schreibt:

Vergeblich muß der Versuch bleiben, die „Volks“regierung, die regierungssozialistischen Exzellenzen und damit die regierungssozialistische Partei von der Mitschuld an dem Blutbad freizusprechen ... Das in Kiel vergossene Arbeiterblut komme nicht nur über die dortige Militärbehörde: **es komme über die „Volks“regierung, es komme über euch, ihr regierungssozialistischen Exzellenzen!**

Es genügt, diese beispiellose Demagogie an den Pranger zu stellen. In der gleichen Nummer behauptet dieses Blatt: „Es ist nicht wahr, daß Preßfreiheit und Versammlungsrecht gewährleistet sind.“ Es ist nicht wahr? Nun, die Leipziger Volkszeitung und ihr Pirnaer Ableger, der in den Dresdner Straßen bei dem Rufe „Volkszeitung!“ irrtümlicher Weise für die Dresdner Volkszeitung gehalten und nur darum gekauft, aber dann kaum gelesen wird, sind der schlagendste Beweis für die Preßfreiheit: Die Leute, die alltäglich ungehindert die Spalten ihrer Blätter mit ihrer gewissenlosen, demagogischen Hetze füllen, könnten das längst nicht mehr tun, bestände die Preßfreiheit nicht!

Um Elsaß-Lothringen.

Von Hermann Wendel, M. d. R.

Unter den vierzehn Punkten Wilsons, die Deutschland widerspruchs- und bedingungslos angenommen hat, um aus dem grausigen Blutmeer endlich auf festes Land zu kommen, steht die „Wiedergutmachung des Unrechts von 1871“ mit an erster Stelle.

Für die landläufigen Patrioten birgt die Annahme dieser Bedingung besondere Bitterkeit, weil sie es bisher immer hochfahrend abzuleugnen liebten, daß 1871 überhaupt jemand Unrecht widerfahren sei. Nach ihrer allzu bequemen Beweisführung ist Elsaß-Lothringen altes deutsches Land, das sich im siebzehnten Jahrhundert französische Raubpolitik gewaltsam aneignete und das durch den 70er Krieg lediglich an das Mutterland zurückfiel. In Wahrheit hat das neue Deutsche Reich, zu dem durch den Frankfurter Frieden die Departements Mosel, Nieder- und Oberrhein geschlagen wurden, auch gar nichts mit dem heiligen römischen Reich teutscher Nation zu tun, zu dem ehemals die elsässischen und lothringischen Gaue gehörten. Entscheidender war, daß die Landabtretung vollzogen wurde, ohne daß die Bevölkerung dabei mehr gefragt wurde als eine Hammelherde auf einem Gut, das den Besitzer wechselt. Diese Bevölkerung aber war, auch soweit sie nicht, wie in einem großen Teile Lothringens, urfranzösisch, auch wo sie wie im Elsaß urdeutsch war, mit Frankreich innerlich fest verwachsen; sie hatte die französische Staatsgesinnung durch alle Poren eingesogen, als das Jahr 1789 die überlieferten Ketten klirrend zu Boden springen ließ und als nach der großen Revolution der große Napoleon das meiste Land westlich des Rheins zu einem unteilbaren Vaterland zusammenhämmerte; schon ihr demokratischer Instinkt ließ in ihr auch nicht die geringste Sehnsucht nach den ohnmächtigen, verbeckten und verdumpften Staatsgebilden rechts des Rheins aufkommen, die sich erst langsam aus dem Gröbsten des Mittelalters herausschälten; und hätte man 1871 Elsässer und Lothringer in freier Wahl sich entscheiden lassen, schier einstimmig wäre das Ergebnis gewesen: Frankreich!

Nachdem die Annexion einmal geschehen war und die deutsche Schicksals- und Kulturgemeinschaft die Elsässer aufgenommen hatte, bestand allerdings die Möglichkeit, sie sich innerlich zu gewinnen und gefühlsmäßig zu Deutschen zu machen. Die Grundlage war die gemeinsame Sprache. Von Lothringen zu schweigen, dessen freiwillige Rückgabe an Frankreich in Friedenszeiten mancher um die Zukunft des deutschen Vaterlandes Besorgte erwog und forderte, hat im Elsaß Deutsch ganz und gar die Oberhand. Von den 200000 französisch sprechenden Elsaß-Lothringern entfallen auf das Oberelsaß nur 29000 und auf das Unterelsaß nur 24800. Während im ganzen Reichsland jeder zehnte Einwohner Französisch als Muttersprache angibt, tut das im Oberelsaß nur jeder zwanzigste und im Unterelsaß gar nur jeder dreißigste; in zwei Kreisen, Thann und Colmar, beträgt der Anteil der französisch Sprechenden an der Gesamtbevölkerung weniger als 2 Proz., und in sechs Kreisen, Straßburg-Stadt, Straßburg-Land, Erstein, Hagenau, Weißenburg und Gebweiler gar weniger als 1 Proz.; hier also glänzt nicht einmal ein dünner französischer Lack über der deutschen Grundfarbe, hier ist, dem Namen und der Sprache nach, Unter- und Oberfläche rein deutsch. Aber diese Deutschen mit französischer Staatsgesinnung für den deutschen Reichsgedanken zu gewinnen, dazu war der Bismärckische Obrigkeitsstaat auf der ganzen Linie unfähig. Von seinen Sachwaltern wurden freie Bürger, die im Rahmen Frankreichs drei erfolgreiche Revolutionen in zwei Menschenaltern mit dem Herzen erlebt hatten, wie geduckte Untertanen aus der Kassubei behandelt; schnauzbärtig und schneidig traten der Unteroffizier und der Gendarm aus Ostelbien als „Germanisatoren“ in altem Kulturgebiet auf. Das führte um so mehr zu einem Mißerfolg größten Stils, als zugleich die französelnde Oberschicht der Notabeln auf Kosten der rein deutschen breiten Masse von denselben Behörden über Gebühr gehätschelt wurde, die auch rechts des Rheins gegen die Volksmassen regierten.

Gleichwohl brachte die Zugehörigkeit zu einem wirtschaftlich sich gewaltig entwickelnden Großstaat wie Deutschland dem Elsässer Bourgeois, Bauer und Arbeiter so mannigfache Vorteile, daß sich noch wenige Monate vor dem Krieg bei einer Volksabstimmung eine erkleckliche Mehrheit nicht für Frankreich entschieden hätte. Dann aber kam mit Zabern der erschreckliche Triumph des seelen- und geistlosen, innerlich und äußerlich roben Militarismus über die bürgerliche Freiheit Uno dann kam der Krieg und verwandelte ganz Elsaß-Lothringen in ein einziges Zabern. Wie die Elsässer und Lothringer zu Kriegsbeginn unter nichtigen Vorwänden, durch die Willkür ängstlicher und unwissender Militärbefehlshaber zu Tausenden ihren Familien entrissen, wie sie unter einer Eskorte wie Räuber und Mörder außer Landes geschleppt, wie sie in feuchten, ungesunden Festungskasematten aufs Unwürdigste zusammengepfercht, wie sie gleich Verbrechern behandelt, wie sie schlimmer als Verbrecher verhöhnt und beschimpft, gepeinigt und gequält wurden, wie sich eine Denunziationspest über das ganze Land ausbreitete, wie die außerordentlichen Kriegsgerichte jede Harmlosigkeit mit drakonischen Strafen ahndeten, wie die Generale im französischen Sprachgebiet mit grausamen Maßregeln die Muttersprache der Bevölkerung auszurotten suchten, und das alles, während Elsässer und Lothringer auf Bundesschlachtfeldern für Deutschland bluteten — an dieser einzigen, großen Schreckensszene hat manche Aussprache im Reichstage bisher nur ein Eckchen des Vorhangs gelüftet. Und jetzt schickt diese Bevölkerung, die fünfzig Monate wie nie eine andre tagtäglich am eigenen Leibe erfahren hat, was preußischer Militarismus ist, jetzt schickt diese Bevölkerung an die Urne: Deutschland oder Frankreich? und sie wird euch auch in den Gebieten rein deutscher Zunge eine Quittung ausstellen, daß euch die Augen übergehen.

Vor diesen Dingen den Blick niederzuschlagen oder von ihnen nichts wissen zu wollen, hieße in dem verhängnisvollen System der Täuschung und Selbsttäuschung beharren, durch dessen Nebel hindurch das deutsche Volk an diesen Abgrund geführt worden ist. Auch konnten nur Toren annehmen, daß die Maßregeln, verkündet, als die Uhr schon zum Zwölfuhrschlag ausholte, die verheißene Autonomie des Landes als deutscher Bundesstaat, die Ernennung des Alt-Elsässers Dr. Schwander zum Statthalter und Hauß zum Staatssekretär auch nur einen Hund hinter dem Ofen hervorlocken würden. Darüber lacht der kleinste Hemdenmatz im Elsaß, und es ist schlechterdings unerfindlich, wie sich einige Blätter, und nicht nur rechtsstehende, verwundert stellen konnten, als Dr. Ricklin im Reichstag aussprach, was das ganze Elsaß und das ganze Lothringen empfindet: daß, was an freiheitlichen Gaben jetzt kommt, zu spät kommt, um die Gesinnung des Volkes zu ändern. Noch unerfindlicher ist, daß hier und da die Erklärung Ricklins mit kurz vorher getanen deutschfreundlichen Aeußerungen desselben Parlamentariers in Widerspruch gesetzt wurde. Das Aussprechen dessen, was ist, hat mit deutschfreundlicher oder deutschfeindlicher Gesinnung auch nicht das mindeste zu tun, und wie ihm die Tage nach seiner Erklärung schon damit Recht gaben, daß es Herrn Hauß nicht gelang, ein Parteienministerium zu bilden — keine Partei, keine politische Persönlichkeit will Namen und Ruf in die Konkursmasse des deutschen Regiments in Elsaß-Lothringen werfen —, so bedauert Dr. Ricklin, wie wir ihn kennen, das unvermeidlich Kommende sicher gleich uns.

Denn es ist unsagbar bitter für ein großes Volk, wenn einer seiner Stämme ihm aus freien Stücken den Rücken kehrt und in die Fremde geht, und ein Stamm noch, der ein wertvoller Bestandteil der jungen deutschen Demokratie hätte sein können, weil er demokratische Ueberlieferung von 1789 der im Blute hat. Es ist unsagbar bitter, und nur wenig Trost steckt darin, daß man hoffentlich die Verantwortlichen gebührend zur Verantwortung ziehen wird; in erster Reihe die Militärbefehlshaber, die mit ihrem Wüten seit August 1914 deutsches Volk der französischen Republik geradezu in die Arme gepeitscht haben!

Der neue galizische Krieg.

Wien, 5. November. Aus Galizien trafen im Parlamentsgebäude Offiziere ein, die die Situation in Galizien folgendermaßen darstellen: Gegenüber dem Bestreben der Polen, ukrainische Sprachgebiete unter ihre Herrschaft zu bekommen, sind die Ukrainer entschlossen, zu den äußersten Mitteln zu greifen. Polen und Ukrainer in Ostgalizien befinden sich in ausgesprochenem Kriegszustand. Die deutschen Bewohner Galiziens sowie das dem deutsch-österreichischen Staate angehörende Militär verhalten sich neutral. Beide Parteien versuchen, sie in den Kampf an ihrer Seite hineinzuziehen. Die Ukrainer verfügen über zwei Divisionen Eisenbahntruppen und ziemlich viel Artillerie. Die Polen befinden sich vorläufig noch entschieden im Nachteil, da sich ihre Legionäre größtenteils zerstreut haben und sonstige polnische Truppen nur wenig zur Hand sind. Der polnische Kommandant von Przemysl Puchalski, suchte die dort stationierten Teile des Salzburger Infanterie-Regiments Nr. 50 zu veranlassen, gegen das Ruthenische Infanterie-Regiment Nr. 9, das auf Przemysl marschierte, zu kämpfen. Die österreichischen Abteilungen wollen in die Heimat zurück, um sich der deutsch-österreichischen Regierung zur Verfügung zu stellen. Der Rückzug durch das polnische Galizien und durch das tschecho-slowakische Gebiet ist jedoch mit großen Schwierigkeiten verbunden, und die 50er befürchten, auf der Reise entwaffnet zu werden.

Warschau, 5. November. Nach hier eingetroffenen Meldungen beträgt die Zahl der ruthenischen und ukrainischen Streitkräfte, die den Vormarsch gegen Ostgalizien angetreten haben, 17 Divisionen. Diese setzen sich in der Hauptsache aus ruthenischen Truppen zusammen, die im Verbande der ehemaligen österreichischen Armee gekämpft haben. Der polnischen Bevölkerung Ostgaliziens hat sich eine ungeheure Panik bemächtigt. Sie läßt alles im Stich und flüchtet nach den Städten. Die polnische Regierung hat bereits militärische Gegenmaßnahmen angeordnet, und wie es heißt, sind polnische Truppen in Krakau und Tarnow zu einer Gegenoffensive gegen die Ruthenen konzentriert, die sowohl über reichliche Munition, als auch über eine Anzahl von Geschützen verfügen sollen. Hiesige Blätter bringen die Nachricht, daß die ostgalizischen Städte Luzk, Plaskirow und Kamenez-Podolsk, die zum polnischen Besitzstande in Galizien gehören, von ruthenischen Truppen besetzt worden sind. Weiterhin verlautet, daß von ukrainischer Seite eine zweite gegen Polen gerichtete strategische Angriffsfront geschaffen worden ist, die von Kiew nach Human führt.

•

Die militärische Besetzung Deutsch-Böhmens durch die Tschechen.

Von der deutsch-böhmischen Grenze wird gemeldet: Die Tschechen beginnen nunmehr, nachdem sie ihren Staat konstituiert haben, mit der militärischen Eroberung Deutsch-Böhmens. Schon in der Nacht vom 31. Oktober zum 1. November trafen plötzlich tschechische Soldaten in dem urdeutschen und durch seine Glasindustrie weltbekannten Haida ein, entwaffneten die dort befindlichen deutsch-österreichischen Truppen, verjagten sie und richteten ein tschechisches Kommando ein. Ebenso verfuhren sie in andern rein deutschen Industriebezirken, darunter auch in Warnsdorf. Gleichzeitig wurden in Deutsch Böhmen Mobilmachungsbefehle angeschlagen, die die Deutsch Böhmen für Untertanen des tschechischen Volkes erklären und die Deutschen unter Androhung schwerster militärischer Strafen zwingen sollen, sofort in die tschechische Armee einzutreten. Gleichzeitig haben die tschechischen Behörden der Prager deutschen Universität wissen lassen, daß sie dem Abzug der deutschen Hochschulen und wissenschaftlichen Institute von Prag nicht zustimmen, auf sämtliche Sammlungen, wissenschaftliche Präparate und Bibliotheken Beschlag legen und die Verlegung dieser Hochschulen und Institute in deutsch-böhmisches Gebiet untersagen.

•

Anerkennung des tschecho-slowakischen Staates durch Deutschland.

Prag, 5. November. Das tschecho-slowakische Pressebureau meldet, daß der hiesige deutsche Generalkonsul dem Präsidium des tschechischen Nationalrats offiziell Mitteilung von der Anerkennung des selbständigen tschecho-slowakischen Staates durch Deutschland gemacht habe. Die deutsche Regierung lege Wert darauf, daß der Nationalrat so schnell wie möglich einen Gesandten des tschecho-slowakischen Staates nach Berlin entsende.

•

Die Italiener in Bozen.

† **Wien**, 5. November. Aus Bozen melden die Blätter: Die ersten italienischen Offizierspatrouillen sind hier in Kraftwagen von Trient eingetroffen. In Bozen, Gries und Meran herrscht eine ruhige, gedrückte Stimmung.

•

Trient in Flammen.

Wien, 6. November. Die Wiener Mittagszeitung meldet: In Innsbruck ist die Nachricht eingelaufen, daß ein Teil der Stadt Trient in Flammen stehe.

•

Der tschechische Staat Mitglied der Entente.

Der Temps meldet: Auf der Kriegskonferenz am Sonnabend mittag teilte Clemenceau den Eintritt des neuen tschechischen Staates in die Reihen der Alliierten mit. Der tschechische Bevollmächtigte nahm am Abend zum ersten Male an den Sitzungen im Kriegsrat teil.

•

Freier Durchgang für die deutschen Truppen.

Budapest, 5. November. Der Kriegsminister hat angeordnet, daß die durch Ungarn ziehenden deutschen Truppen nicht zu entwaffnen, sondern mit voller Ausrüstung und Bewaffnung ungehindert weiterzubefördern sind.

Deutschland und der bolschewikische Weltbund.

Die Moskauer Regierung hat vor kurzem die Mitteilung verbreiten lassen, es sei ihr aus Kiew die Nachricht zugegangen, daß die sogenannte Krasnowsche Regierung die Gründung eines Weltbundes gegen den Bolschewismus ins Werk setze. Nach diesem Plane sollten sämtliche Regierungen der Welt eine Koalition zum Kampfe gegen den Bolschewismus bilden, und das Bestreben aller Mächte sollte darauf gerichtet sein, die Gewalt der Bolschewiki in Zentralrußland niederzuwerfen und ein einiges Rußland wiederherzustellen, in dem allgemeine Ordnung herrschen würde. Sämtliche Mächte sollten den Angriff unterstützen, den die Freiwilligen-Armee gemeinsam mit der Astrachaner Armee, mit der in der Ukraine gebildeten Südarmee und der in Pskow in Bildung begriffenen Nordarmee gleichzeitig gegen Zentralrußland unternehmen würde. Vor allem aber sollte jede Regierung sich verpflichten, monatlich bestimmte Summen zur Unterstützung Krasnows und der übrigen weißgardistischen Organisationen anzuweisen. Im Zusammenhang damit wurde gesagt, daß auch an die deutsche Regierung eine Denkschrift mit der Bitte um Unterstützung dieser Pläne gerichtet worden sei.

Dazu erfahren wir von zuständiger Seite: Die deutsche Regierung ist weder direkt noch indirekt an einem Weltunternehmen gegen den Bolschewismus beteiligt. Die Behauptung einer Denkschrift an die deutsche Regierung sowie angeblicher Besuche von Agenten des Generals Krasnow in Berlin oder im Großen Hauptquartier sind aus der Luft gegriffen. Richtig ist nur, daß in letzter Zeit wiederholt Deputationen aus den Randstaaten, denen auch Sozialdemokraten angehörten, bei der deutschen Regierung mit der dringenden Bitte vorsprachen, daß die deutschen Truppen zur Aufrechterhaltung der Ordnung in den besetzten Gebieten bleiben möchten, da bei ihrem Wegzuge bestimmte Gefahr für Leib und Leben der gesamten Einwohnerschaft durch den drohenden Einbruch bolschewikischer Banden bestehe. Mit der gleichen Bitte haben sich breite Bevölkerungskreise der Randstaaten auch an die Entente und die neutralen Staaten gewandt.

Unsre Stellung zu diesen Plänen ist klar: wie immer auch eine Regierung sich diesen Plänen gegenüber verhalten würde — wir, und mit uns wohl die Sozialisten aller Länder, wie sie auch zum Bolschewismus stehen mögen, würden eine bewaffnete Einmischung in diese russischen Angelegenheiten entschieden ablehnen.

Deutsches Reich.

Ein neuer 15-Milliarden-Kredit.

Dem Reichstag ist soeben ein dritter Nachtrag zum Reichsetat für das Jahr 1918 zugegangen, der abermals einen Kredit von 15 Milliarden Mark nachsucht. Der letzte Kriegskredit wurde vom Reichstag Anfang Juli dieses Jahres bewilligt. Die Kriegsschuld belief sich damals auf 139 Milliarden Mark, zu denen jetzt weitere 15 Milliarden hinzukommen, so daß die gesamten Kriegskredite sich damit auf 154 Milliarden Mark beziffern. Durch Anleihen waren Ende April dieses Jahres nach der Zeichnung der achten Kriegsanleihe zirka 87,5 Milliarden Mark gedeckt.

Ein vierter Nachtrag fordert zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 100 Millionen Mark im Wege des Kredits an. Sie sollen zur Gewährung von Baukostenzuschüssen dienen.

In der Begründung heißt es unter andrem: Bei dem gegenwärtig hohen Stand der Baustoffpreise und der Arbeitslöhne, die sich voraussichtlich auch während einer längeren Uebergangszeit nach dem Kriege nicht wesentlich senken werden, würde für die jetzt und während der Uebergangszeit aufzuführenden Bauten eine Ueberteuerung eintreten, die die Bauunternehmungen unrentabel machen und daher von der Inangriffnahme von Neubauten abschrecken müßte. Um diese der notwendigen Wiederaufnahme der Bautätigkeit entgegenstehenden Hinderungen zu beseitigen, ist es notwendig, daß die öffentlichen Gewalten Baukostenzuschüsse zur Abbürdung der Ueberteuerung bereitstellen. Die näheren Bestimmungen werden vom Bundesrat erlassen. Einer Entschließung des Reichstags vom 10. Mai 1918 folgend, ist im Entwurf vorgenommen, hierzu im ganzen 500 Millionen Mark Reichsmittel zur Verfügung zu stellen, wovon die geforderten 100 Millionen die erste Rate bilden. Voraussetzung für die Gewährung der Beihilfen soll bilden, daß die beteiligten Bundesstaaten oder Gemeinden allein oder zusammen sich mit mindestens dem gleichen Betrag wie das Reich an den erforderlichen Baukostenzuschüssen beteiligen.

Eine elsässische Kundgebung für das Selbstbestimmungsrecht.

Das Kolmarer Tageblatt meldet: Eine am letzten Donnerstag in Kolmar zusammengetretene Versammlung altelsässischer Bürger verschiedenster Parteirichtungen aus Stadt und Kreis Kolmar nahm nach eingehender Besprechung der politischen Lage folgende Resolution an: Durch die Annahme der in den Botschaften des Präsidenten Wilson enthaltenen Grundsätze seitens der deutschen Regierung ist die elsaß-lothringische Frage zur internationalen Diskussion gestellt